

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 43 (1968)
Heft: 7/8

Artikel: Auch in Basel : das Problem der Alterswohnungen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-103808>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Basler Wohnbauvorlage, welche demnächst im Grossen Rat behandelt werden soll. Da die eidgenössischen Subventionsbedingungen für die besonderen Verhältnisse in Basel nicht angewendet werden können, Ausnahmen vorbehalten, so hat die Regierung neue Subventionsbedingungen, sei es durch Senkung der Hypothekarzinsse, sei es durch Kapitalbeteiligungen, geschaffen. So wird ermöglicht, eine neue Genossenschaft mit Hilfe des Staates bis zu 97 Prozent zu subventionieren. Erstmals wurde auch die Möglichkeit geschaffen, Genossenschaftsbauten, welche ausserhalb der Kantons Grenzen liegen, zu subventionieren. Zum Schluss erwähnte der Referent noch die Probleme, welche durch die Überalterung der Bevölkerung aufgeworfen werden, Probleme, denen man jahrelang zu wenig Beachtung schenkte. Die Alterswohnungen – und es sollen in nächster Zeit grössere Blöcke gebaut werden – werden in ganz besonderem Masse subventioniert.

In der anschliessenden Diskussion wurde Kritik an der mangelnden Aktivität der Genossenschaften geübt; Tausende von Familien, welche auf eine Wohnung mit tragbarer Miete warteten, würden ungeduldig. Viele Genossenschaftswohnungen seien unterbelegt. In Wohnungen, welche ursprünglich für kinderreiche Familien bestimmt gewesen seien, wohnten heute noch zwei Personen. – Die Kritik fand am Vorstandstisch sehr aufmerksame Ohren.

Direktor Emil Matter befasste sich in einem weiteren Referat mit der segensvollen Tätigkeit der Hypothekarbürgschaftsgenossenschaft, die vor 12 Jahren auf die Initiative der Basler Genossenschaften, vor allem des ersten Präsidenten Fritz Nussbaumer, gegründet worden ist. Von 1956 bis 1966 konnte sie gegenüber 52 Genossenschaften Bürgschaften im

Betrag von über 8 Millionen Franken leisten. Das Genossenschaftskapital, das Ende 1966 770 000 Franken betrug, konnte auf 1 300 000 Franken erhöht werden, was eine Ausdehnung der Bürgschaftsmöglichkeit ergab. Direktor Matter appellierte an alle Genossenschaften, sich in vermehrtem Masse am Genossenschaftskapital zu beteiligen. Die Anteile würden immerhin mit 3½ Prozent verzinst, das Geld sei gut angelegt, bereits habe ein Reservefonds von 200 000 Franken geschaffen werden können.

Zentralsekretär K. Zürcher, der es sich nicht hatte nehmen lassen, trotz der brütenden Hitze nach Basel zu reisen, erinnerte an die wertvolle Mitarbeit des verstorbenen Basler Präsidenten Werner Pfister im Zentralvorstand. Er habe sich ein ausgezeichnetes Andenken gesichert. K. Zürcher appellierte sodann seinerseits an die Genossenschaften, sich am Solidaritätsfonds zu beteiligen. Die Aktion sei ausgelöst worden durch den Umstand, dass sich der Bund geweigert habe, den vor 50 Jahren bewilligten Fonds de Roulements von 200 000 Franken zu erhöhen. Heute seien im Solidaritätsfonds bereits etwa 500 000 Franken zusammengekommen. Einer Reihe von Genossenschaften, auch in Basel, konnte bei den Gründungsschwierigkeiten entscheidend geholfen werden.

Diese Direktaktionen sind durch weitere Hilfsmassnahmen ergänzt worden, indem solvente Genossenschaften ersucht wurden, «Entwicklungs»-Genossenschaften unter die Arme zu greifen. So wurden zusätzlich etwa 3 Millionen Franken flüssig gemacht oder verbürgt. Wir müssen, so sagte Zentralsekretär Zürcher in seinem Votum, das in Basel auf ausgezeichneten Boden fiel, neue Wege gehen, um den genossenschaftlichen Gedanken im Wohnungsbau durchzusetzen. F. K.

Auch in Basel: Das Problem der Alterswohnungen

Der Schweizerische Verband für Wohnungswesen hat sich in den letzten Jahren eingehend mit dem Problem der Schaffung von Alterssiedlungen befasst, einem Problem, dessen Bedeutung im Hinblick auf die durch Fortschritte der Medizin bedingte längere Lebensdauer der meisten Menschen immer klarer erkennbar wird.

Ein bekannter Basler Arzt, Dr. A. Vischer, ein Gerontologe, also ein Wissenschaftler, der sich speziell mit der Erforschung der Alterserscheinungen befasst, hat in Basel vor zwölf Jahren den Gemeinnützigen Verein für den Bau von Alterswohnungen gegründet. Diese Gründung wurde übrigens damals durch den Bund der Basler Wohngenossenschaften tatkräftig unterstützt. Dieser Verein hat in Basel bahnbrechend gewirkt. Es ist zehn Jahre her, dass die erste Alterssiedlung am Luzerner Ring bezogen wurde. «Diese Siedlung war Ansporn und Beispiel für die Schaffung weiterer Siedlungen», sagt Präsident Dr. H. R. Oeri im Jahresbericht, den er an der Generalversammlung des Vereins erstattete.

Einige Zahlen: Am 31. Dezember 1967 wohnten in der Alterssiedlung Luzerner Ring 14 Ehepaare und 112 Alleinstehende, die älteste etwa 90 Jahre alt; in der Alterssiedlung Gundeldingerhof lebten am Jahresende 8 Ehepaare und 77 Einzelpersonen, von diesen standen 13 im neunten Lebensjahrzehnt.

Der Gesamtwert der beiden Siedlungen beträgt über 5 Millionen Franken.

Dr. H. R. Oeri erläuterte kurz die Idee der Behandlung und Unterbringung von pflegebedürftigen Alten in Tagesspitälern, so in der Leimenklinik und dem Felix-Platter-Spital, wo diese Patienten nur tageweise therapeutisch behandelt und auch sonst gepflegt werden.

Fräulein M. Stäheli hat im Mai 1967 die Leitung der zentralen Bettenvermittlungsstelle für kranke und pflegebedürftige

alte Leute übernommen und orientierte über ihre ersten Erfahrungen. Ihre Aufgabe ist im Hinblick auf den grossen Mangel an Betten in erster Linie, den Grad der Dringlichkeit abzuklären wie auch die soziale und medizinische Lage zu untersuchen. Heute befinden sich noch zahlreiche Chronischkranke in Akutspitälern, da sie sonst nirgends untergebracht werden können. Knapp ein Zehntel der Anmeldungen kann berücksichtigt werden. Die Zentralstelle wirkt auch aufklärend über die Unterbringungsmöglichkeiten. Die Lage ist ungefreut und wird immer bitterer. Hier harret der Behörden eine Aufgabe, die nicht länger auf die lange Bank geschoben werden kann.

In der Diskussion wurde die Schaffung eines eigentlichen Sanatoriums für die pflegebedürftigen Alten postuliert.

Nicht minder interessant war das Kurzreferat von Fräulein A. Schaub, welche die Leitung der am 25. April 1967 eröffneten Zentralstelle für die Vermittlung von Alterswohnungen übernommen hat. Von 962 Bewerbern im Jahre 1967 konnten ganze 24 berücksichtigt werden. Es bestehen heute in Basel 744 Alterswohnungen, und 2000 bis 2500 benötigt man!

Die Nachfrage wird immer grösser, die Leute werden immer älter. Kränkliche alte Leute konnten zum Teil der Stiftung für das Alter überwiesen werden; sie wurden dann auch durch diese Stiftung betreut.

Fräulein Schaub gab auch einige Zahlen über Bauprojekte bekannt, welche ihr von A. Genier vom Departement des Innern zur Verfügung gestellt worden sind. So sind geplant die Siedlung Rankhof mit 70 Wohnungen, Webergasse mit 49, Schützengasse Riehen mit 100 bis 140, ein Block an der Wittlingerstrasse, am Claragraben mit 70, eine ökumenische Alterssiedlung am Luzerner Ring mit etwa 100 Wohnungen; die Ciba sieht für ihre Pensionierten den Bau von Wohnungen im Surinam vor usw.; aber es dürften noch ein bis zwei Jahre verstreichen, bis mit dem Bau der verschiedenen Projekte begonnen werden kann, und unterdessen wird die Lage immer kritischer.

Kg.